

RIO+10

Friedhofstimmung auf dem Gegengipfel



Kaum ein Gipfel ohne Gegengipfel. Zehn Jahre nach Rio haben Umwelt-NGOs ihren festen Platz auf hochrangigen UN- oder EU-Treffen. Zumindest die großen versuchen mitzureden. Andere können oder wollen nicht.

Stell dir vor, es ist Umweltgipfel und alle verzichten darauf, CO₂-spendende Bonusmeilen zu sammeln! Eine Utopie des 21. Jahrhunderts, denn die Grundsatfrage, ob UmweltschützerInnen rund um die Welt fliegen dürfen, wird selbst unter deutschen Ökofundis kaum mehr debattiert.

In den vergangenen Tagen machten sich Zehntausende VertreterInnen der so genannten Zivilgesellschaft auf den Weg, um im südafrikanischen Johannesburg über eine gerechtere, sauberere Welt zu diskutieren. Auf dem ersten UN-Weltgipfel kamen 1992 erstmals 1.400 Nicht-Regierungsorganisationen sowie Delegationen aus 175 verschiedenen Ländern zusammen. Seitdem ging in der Umweltszene der "Geist von Rio" um, es wurde gar vom Aufbruch in eine "Neue Weltordnung" geredet. Doch die politische Bilanz ist ernüchternd, darin sind sich selbst chronisch positiv eingestellte Realo-Umweltverbände einig. "Wir haben es bei Weitem nicht geschafft, die negativen Trends in der Bekämpfung der Armut oder in der Umweltschutzpolitik umzudrehen", kommentiert Martin Rocholl, Vorsitzender des weltweiten Umweltverbandes "Friends of the Earth" (FOE), die Entwicklung in den vergangenen zehn Jahren.

Gipfel-Hopping der NGO-Promis

Die Anwesenheit auf Gipfeln sei inzwischen ziemlich "normal", sagt Rocholl, der das Geschehen in Johannesburg von Europas Hauptstadt Brüssel aus beobachtet. "Wir sind jetzt erfahrener und können den Verhandlungsprozess direkt beeinflussen". Vor zehn Jahren noch betrachtete der Umweltaktivist den Gegengipfeltourismus kritischer: "Damals war ich dafür, dass sich die NGOs per Fax koordinieren und damit überflüssige

CO₂-Ausstöße durch Flugreisen gespart werden."

Doch im Lager der NGOs geht es längst nicht mehr nur darum, den Protest zu organisieren - die Umwelt-Lobby sitzt mit am Verhandlungstisch oder steht zumindest einsatzbereit im Hinterzimmer. Nicht selten praktizieren NGO-Promis ein regelrechtes Gipfel-Hopping, kritische Organisationen sprechen gar von einem "participation overkill". "Wir sind in Johannesburg in einigen offiziellen Delegationen präsent", betont Rocholl und ist davon überzeugt, dass diese Arbeit sinnvoll ist. "Unsere Leute sind in erster Linie Informanten", so der FOE-Vorsitzende.

Wichtig sei es, im Vorfeld die Positionen klar und deutlich zu formulieren und davon nicht abzurücken. Als "Fieberthermometer", mit dem die Regierungen vor Ort den Grad der zu erwartenden Kritik messen können, will sich weder FOE noch eine andere Umweltschutzgruppe gerne missbrauchen lassen. "NGOs tun gut daran, nicht zu sehr auf taktische Überlegungen in Verhandlungen einzugehen", sagt Martin Rocholl. Dennoch: "Nur wenn wir wirklich mitbekommen, was konkret verhandelt wird, können wir unmittelbar reagieren." Eine schnell und gezielt lancierte Pressemitteilung habe da schon einiges bewirken können.

Dass das eher die Ausnahme ist und man "schon so manche Kröte schlucken musste", räumt auch Rocholl ein. Auch, dass in Johannesburg bislang konkrete Erfolge der Umwelt-Lobbyisten fehlen. Also lieber erst gar nicht hinfahren? Zum Boykott von Rio+10 rief in Deutschland unter anderem die "Bundeskoordination Internationalismus" (BUKO) auf: "Fahrt nicht hin! Macht was Schönes", so ihr Rat, "Lasst Euch nicht von den Regierungen und Unternehmen instrumentalisieren!" Die Gefahr der Legitimation der offiziellen Beschlüsse

durch die NGO-Präsenz sei nicht von der Hand zu weisen, gibt Pascal Husting zu, der in Johannesburg mit am Verhandlungstisch sitzt. "Wir haben bisher in keinem Punkt das erreicht, was wir wollten", so Husting. Als "damage control" beschreibt der Vertreter von Greenpeace-Luxemburg den bisherigen Einsatz der NGOs auf dem Rio+10-Gipfel.

Bleibt noch der eigentliche Gegengipfel, um die Bilanz der UmweltaktivistInnen aufzubessern. Rio habe, das betont Martin Rocholl trotz früherer Skepsis dem "Global Forum" gegenüber, sehr stark zur Vernetzung der internationalen Umweltszene beigetragen. In Johannesburg wurde den GipfelgegnerInnen ein Gelände im Industrieviertel Nasrec, rund 35 Kilometer vom offiziellen Tagungsort entfernt, zugewiesen. "Wir bekommen hier rein gar nichts davon mit", kommentiert Pascal Husting den Kontakt zur Basis. Kollegen würden von einer Friedhofstimmung in Nasrec sprechen, es seien kaum Aktivisten dort, immer mehr wollten stattdessen Zugang zum offiziellen Kongresszentrum.

Bleibt es beim reinen damage control?

Der ist jedoch sehr begrenzt, lediglich die "major groups", die großen Umweltorganisationen wie FOE, WWF, Greenpeace, Oxfam oder Climate Network haben dort ihren festen Platz. Die Uno hat einen NGO-Raum im Tagungsgebäude zur Verfügung gestellt." Wir wollen den politischen Prozess so nah wie möglich verfolgen", beschreibt Husting das tägliche NGO-Geschäft auf diesem Weltgipfel. Konkret heißt das: der jeweils aktuellsten Textversion hinterherlaufen, die einzelnen Kapitel Punkt für Punkt verfolgen und möglichst Einfluss auf die Delegation smitglieder ausüben.

Damit die Arbeit effektiv ist, wurden die Themenbereiche untereinander aufgeteilt. "Die Zusammenarbeit klappt sehr gut", freut sich Husting. Doch was ist mit denen, die nicht zu den "major groups" gehören und dennoch mitreden wollen? "Ehrlich gesagt, bekommen wir von den so genannten Ehrenamtlichen nicht viel mit", so Husting. Aus dem bunten Haufen der Öko-AktivistInnen ist eine spezialisierte Profitruppe geworden, auch äußerlich hat man sich den offiziellen Funktionären angepasst. Costume-Cravate ist heute unter Umweltlobbyisten angesagt, um, so Pascal Husting, "nicht aufzufallen und als gleichberechtigte Partner akzeptiert zu werden".

Eine Analyse darüber, ob diese Strategie der reinen Verhandlung die richtige war, will Husting jedoch im Anschluss an den Gipfel in Greenpeace-Kreisen führen. Die Atmosphäre beim täglichen Briefing zwischen EU-Delegation und Umwelt-NGOs sei zunehmend frostiger. Noch sei jedoch ein positiver Verlauf der Verhandlungen nach Ankunft der Minister am Donnerstag möglich. "Wenn nicht, müssen wir uns tatsächlich fragen, ob wir diesen Prozess durch unsere Präsenz letztendlich nicht rechtfertigen."

Daniële Weber

Punktführerschein-Gegner: Peinliche Panne

Bei der Stimmungsmache gegen den Punktführerschein glaubte das den Punkte-Gegnern OGB-L und LSAP nahe stehende Tageblatt, in der "Confédération luxembourgeoise du commerce" (CLC) einen Verbündeten gefunden zu haben. "Handelsverband äußert Bedenken", lautete der Titel eines Beitrags, der eine "Pressemitteilung" der CLC zusammenfasste. Der Verband befürchte (sic), so das Tageblatt, Berufsfahrer und deren Arbeitgeber müssten ebenfalls mit Sanktionen rechnen.

Prompt reagierte die CLC mit einem Communiqué: Besagter Text sei ein internes Rundschreiben gewesen, das in einem neutralen Ton die Folgen des Punktführerscheins für Berufsfahrer und deren Arbeitgeber dargelegt habe. In der Tat: Dort geht an keiner Stelle die Rede von Bedenken oder Befürchtungen. Die Arbeitgeber werden darauf aufmerksam gemacht, dass sie für den Zustand ihres Fuhrparks sowie für bestimmte Fehlverhalten ihrer Berufsfahrer mithaftan müssen. Damit komme, heißt es im Rundschreiben, ein verstärkter Druck auf alle Firmenbesitzer zu, Fahrzeuge und Fahrer zu kontrollieren. In ihrem Communiqué bemängelt die CLC, sie werde in der Tageblatt-Schlagzeile als Gegner des Punktführerscheins dargestellt, wo sie doch zu den Befürwortern der ersten Stunde gehöre.

Überforderte Finanzpolizei

Selbst bei unseren belgischen Nachbarn kommt es nicht alle Tage vor, dass Luxemburg auf Seite eins der Tagespresse erscheint. Passiert dies trotzdem, wie am vergangenen Dienstag im "Soir", dann handelt es sich nicht selten um Skandal-Nachrichten aus dem Finanzsektor. Die Brüsseler Zeitung berichtet von einem "rapport accablant" bezüglich des Rückstandes bei der Aufarbeitung strafrechtlicher Verfahren bei der "police financière". Tatsächlich war ein entsprechender Bericht bereits im Juli an die Öffentlichkeit gelangt und insbesondere vom "Quotidien" besprochen worden. Serge Urbany, Abgeordneter von "Déi Lénk", sah sich nach der "Soir"-Veröffentlichung veranlasst, eine parlamentarische Dringlichkeitsanfrage an den Justizminister zu richten. Es stellt sich für ihn die Frage, weshalb das Parlament bislang noch nicht mit dem vom "Soir" erwähnten Audit befasst wurde. Es ist zwar anzunehmen, dass die Regierung die Dringlichkeit der Frage zurückweisen wird - immerhin ist die Information an sich etwas älter als der Artikel im "Soir" es erscheinen lässt -, dennoch dürfen wir auf Erklärungen des Justizministers gespannt sein. So will Urbany wissen, wieso die Presse im Falle von Finanzkriminalität immer vom Schlendrian der Verwaltung zu berichten wisse, während im Falle der Abschiebung von AusländerInnen eher eine Art Übereifer seitens der Behörden festzustellen sei.

Blechlawine, kommunal gefördert

Vor dem Hintergrund der Verhandlungen in Johannesburg fordert der Verkehrsclub Deutschland (VCD) die Kommunen auf, ihre Gestaltungsspielräume zu nutzen. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung sei es ihre Pflicht, dem öffentlichen Nahverkehr finanziell Vorrang einzuräumen. Leider mangle es an Transparenz in den kommunalen Haushalten, so dass häufig Subventionen zu Gunsten des Autoverkehrs in anderen Haushaltstiteln wie Abwasserbeseitigung, Grünflächen oder Stadtbeleuchtung versteckt seien.

Der VCD führt eine Untersuchung des International council for local environmental initiatives an, in der solche versteckten Subventionen analysiert und zusammengerechnet wurden. Dabei ergaben sich für die Städte Bremen, Dresden und Stuttgart Summen zwischen 110 und 145 Euro pro Jahr und Einwohner. Weniger als ein Fünftel dieser Ausgaben war durch Einnahmen aus Bußgeldern, Erschließungsgebühren und Benutzungsentgelten gedeckt. "Eine grandiose Fehlleitung von Steuergeldern, die weder umweltgerecht noch nachhaltig ist", kommentiert der VCD. Hätte seinerzeit eine solche Untersuchung für die Stadt Luxemburg vorgelegen, dann wäre die Diskussion um das BTB-Projekt vielleicht anders verlaufen.